



Allianz für Aus- und Weiterbildung gestartet

Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung von DGB, Wirtschaft, Bund und Ländern wurde Mitte Dezember 2014 die im Koalitionsvertrag angesprochene „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ gestartet, deren Laufzeit bis Ende 2018 andauert. Die Allianzpartner wollen die Attraktivität und Bedeutung der beruflichen Bildung deutlich aufwerten, die Qualität der Ausbildung weiterentwickeln und „jedem ausbildungsinteressierten Menschen im Rahmen der im Koalitionsvertrag angesprochenen Ausbildungsgarantie einen „Pfad“ aufzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann“ sowie „die Passungsprobleme zwischen Bewerber/innen und Unternehmen regional und berufsfachlich“ verringern.

- Hierzu will die Wirtschaft 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze im Jahr 2015 gegenüber den 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Stellen anbieten und jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30.09. noch keinen Ausbildungsplatz hat, drei Angebote einer betrieblichen Ausbildung unterbreiten. Ferner verpflichtet sich die Wirtschaft, jährlich 20.000 Plätze für Einstiegsqualifizierung bereit zu stellen sowie 500.000 Praktikumsplätze im Rahmen der Berufsorientierung für Schüler/innen anzubieten.
- Für das Jahr 2015/16 streben die Allianzpartner 10.000 Plätze für die assistierte Ausbildung an; für dies Instrument wird der Bund eine gesetzliche Initiative auf den Weg bringen. Ferner will der Bund das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen ausbauen.
- Die Länder setzen sich neben einer stärkeren Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte dafür ein, „auch weiterhin berufsschulische Angebote in zumutbarer Entfernung aufrechtzuerhalten. Dazu zählt die Beibehaltung des „Fachklassen-Prinzips“ und die Entwicklung von Konzepten zur Gewinnung qualifizierter Fachlehrkräfte und zur Sicherstellung der technologischen Anschlussfähigkeit der Berufsschulen“, deren Qualität durch „regelmäßige Evaluationen“ gesichert werden soll, wobei die demografische Entwicklung hier „Spielräume“ biete. Ferner wollen die Länder ein kohärentes Konzept für die Berufsorientierung aller allgemeinbildenden Schulformen entwickeln und darauf hinwirken, dass Berufsorientierung ein fester Bestandteil in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrern/innen unter Einbindung der BA wird.
- Die Gewerkschaften wollen mit der Wirtschaft ein niedrighschwelliges Beschwerdemanagement für Auszubildende erproben, Qualitätsstandards für Auszubildende entwickeln und Beispiele für gute Ausbildung verbreiten.
- Alle Allianzpartner wollen mit gemeinsamen Maßnahmen die Ausbildungsbeteiligung junger Migranten/innen deutlich steigern und die in der Allianz vereinbarten Ziele und Maßnahmen regelmäßig bilanzieren und gegebenenfalls anpassen.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen merken an, dass trotz der paritätisch anmutenden Bezeichnung Allianz für *Aus- und Weiterbildung* für die gesellschaftlich bedeutsame Weiterbildung im Wesentlichen lediglich die Stärkung der beruflichen Weiterbildung in Form der Aufstiegsfortbildung - insbesondere durch Anpassung des Meister-BAföG durch den Bund - aufgeführt wird. Ferner weisen die Bundesfachgruppen auf die Bedeutung der beruflichen Schulen im Rahmen der von ihnen geforderten regionalen Bildungskonzepte (s. Infoblatt Berufsbildung Dezember 2013) hin – hier wird deutlich, dass berufliche Schulen statt „regelmäßiger Evaluationen“ eine dauerhaft angemessene Ressourcenausstattung benötigen. Dass die im Koalitionsvertrag noch erwähnte Ausbildungsgarantie hier nur noch als aufzuzeigender „Pfad zu einem frühestmöglichsten Berufsabschluss“ beschrieben wird, ist bedauerlich. Die Bundesfachgruppen werden den von der Allianz mit den Zielen und Maßnahmen eingeschlagenen Weg kritisch verfolgen. Weitere Informationen zur Allianz finden Sie unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung-2015-2018>

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteams:

**Bundesfachgruppen-
ausschuss
Gewerbliche Schulen**

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

**Dagmar Heinisch-
Weiser**
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

**Bundesfachgruppen-
ausschuss
Kaufmännische
Schulen**

Gudrun Biehl
0621/504400910
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

Ausbildungsverträge im dualen System: Tiefstand seit 1991

Mit 522.000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und einem Rückgang von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr ist ein weiterer Tiefstand seit der deutsch-deutschen Einheit erreicht worden; der Negativtrend der vergangenen drei Jahre setzt sich fort, während gleichzeitig das duale System sich einer international positiven Beachtung erfreut.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge vom 01.10.2013 bis zum 30.09.2014		
	Anzahl	Rückgang in %
Alte Länder	448.908	-1,4
Neue Länder und Berlin	73.323	-1,2
Deutschland	522.231	-1,4
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.2014		

Die für den Rückgang der Vertragszahlen häufig herangeführte Begründung einer zu schwachen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der demographischen Entwicklung, ausgedrückt in den Zahlen der Schulabgänger/innen, können für das Jahr 2014 nicht zutreffen. Das BIBB benennt statt dessen „zunehmende Passungsprobleme“, da

einerseits Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen mehr Alternativen zur Verfügung stehen und andererseits Betriebe sich nur begrenzt bereit zeigen, Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen auszubilden.

Insgesamt folgt die Entwicklung des Ausbildungsgeschehens einem **internationalen Trend der Akademisierung der Bildung und gleichzeitig – denkt man beispielsweise an die stark wachsenden Dualen Studiengänge – auch einem Trend der Verberuflichung der Hochschulbildung.**

Die Bundesfachgruppen sehen die hiermit verbundenen Herausforderungen der dualen Berufsbildung als bewältigbar an, sofern Folgendes gelingt:

- Einerseits sind die schwächeren Schulabsolventen so zu qualifizieren, dass sie angemessen am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand teilhaben. Mit den Zielen der gestarteten Allianz für Aus- und Weiterbildung sowie mit dem vom DGB erkämpften Mindestlohn kann der hierzu erforderliche Weg beschritten werden.
- Andererseits ist die berufliche Bildung auch für leistungsstärkere Schulabsolventen als attraktive und gleichwertige Alternative gegenüber einem unmittelbaren Weg zum Studium zu gestalten. **Hier sind die Arbeitgeber gefordert.**

Antrag der Großen Koalition: Stärkung der Bildung in Deutschland

Mitte Dezember haben die Fraktionen der CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Antrag „Bildung in Deutschland gemeinsam voranbringen, Lehren aus dem Nationalen Bildungsbericht 2014 ziehen, Chancen der Inklusion nutzen“ in den Bundestag eingebracht. Ausgehend von der Feststellung, dass eine qualitativ hochwertige Bildung von herausragender Bedeutung für die menschliche Entwicklung und die Absicherung gegen Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit sei, wird die Notwendigkeit ausreichender Investitionen in die Bildung betont. Der Antrag greift einzelne Befunde der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung sowie des Schwerpunkts der Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem des im Sommer 2014 veröffentlichten Nationalen Bildungsberichts auf. Er begrüßt bereits von der Politik in die Wege geleitete Schritte der Bildungspolitik in den oben genannten Feldern – so beispielsweise die Initiative „Chance Beruf“ oder die Förderung der Berufsorientierung – und fordert die Bundesregierung u.a. zu folgenden weiteren Schritten auf:

- Qualifizierung der Lehrer/innen auf dem Gebiet der Inklusion
- Weiterführung der Initiative „Bildungsketten“
- Mögliche Stärkung von Jugendberufsagenturen in möglichst vielen Bundesländern
- Unterstützung regionaler Netzwerke bei der Entwicklung von Inklusionskonzepten in der Berufsbildung

Hinsichtlich der Weiterbildung formuliert der Antrag hier lediglich die Aufforderung, die Qualifizierung des pädagogischen Personals auf dem Gebiet der Inklusion zu unterstützen. Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen weisen auf ihre Kommentierung des Berufsbildungsabschnitts im Nationalen Bildungsberichts hin (s. Infoblatt Berufsbildung Juli 2014). Den Bildungsantrag finden Sie unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/035/1803546.pdf>.

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteams:

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Kaufmännische
Schulen

Gudrun Biehl
0621/504400910
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net